



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller, Erwin Huber, Gudrun Brendel-Fischer, Hans Herold, Walter Nussel, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Robert Brannekämper, Wolfgang Fackler, Petra Guttenberger, Christine Haderthauer, Dr. Florian Herrmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Hans Ritt, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

### **Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen weiter vorantreiben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einzusetzen.

Folgende Maßnahmen sollten dabei mit Priorität angegangen werden:

1. Festlegung von einheitlichen Schwellenwerten im Bereich von arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften sowie beim Verbraucherschutz,
2. Erweiterung der Ausnahmen von den Aufzeichnungspflichten für Handwerkerfahrten in einem Umkreis von 150 km um den Betriebsstandort,
3. deutliche Entbürokratisierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn,
4. reduzierte Anforderungen an die digitale Vorhaltung von Buchführungsunterlagen und Belegen sowie Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen für Buchführungsunterlagen,
5. Erleichterungen für Beratungsleistungen der Kammern für KMU durch Änderungen bei der De-minimis-Regelung bzw. Aufnahme dieser Leistungen in die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung.

### **Begründung:**

Kleine und mittlere Unternehmen sind in Handwerk, Handel, Dienstleistung und Gastronomie ein entscheidender Garant für Arbeitsplätze, Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Die tägliche Arbeit von KMU wird durch Bundes- und EU-Regelungen erschwert.

Bürokratieabbau und Deregulierung sollten auch weiterhin Kernanliegen der Staatsregierung bleiben, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und den Unternehmen mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist die seitens der Staatsregierung im September 2017 beschlossene 9-Punkte-Agenda zum Bürokratieabbau mit Nachdruck weiter zu verfolgen und für KMU in allen wirtschaftlichen Bereichen umzusetzen.